

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/241

Bonn, den 19. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>G O D E S B E R G</u>	55

Die Tagung der 700 sozialdemokratischen Vertrauensleute

2	<u>Ohne Fahnen und Trompeten</u>	31
---	----------------------------------	----

Zur Wiederherstellung der Saale-Brücke

3 - 4	<u>WEU-Versammlung und die Ost-West-Entspannung</u>	103
-------	---	-----

90 Parlamentarier diskutierten europäische Probleme

Von Egon O. Heinrich

5	<u>GLOSSE:</u>	40
---	----------------	----

Er hat "DDR" gesagt !

6	<u>Sturz einer kommunistischen Landesregierung in Jugoslawien</u>	50
---	---	----

Sloweniens Ministerpräsident mußte zurücktreten

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

+ + +

G O D E S B E R G

Die Tagung der 700 sozialdemokratischen Vertrauensleute

sp - Über 700 sozialdemokratische Vertrauensleute aus dem ganzen Bundesgebiet haben am vergangenen Wochenende in der Stadthalle Bad Godesberg gehört, diskutiert und abgewogen, welche Aufgaben jetzt vor der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen. Godesberg ist wieder einmal die Stätte des Besinnens und des Ausdrucks eines natürlichen Selbstbewußtseins der Deutschen Sozialdemokratie gewesen. Wie schon 1959, als hier das neue Grundsatzzprogramm der SPD verabschiedet wurde, so stand auch jetzt die Tagung der sozialdemokratischen Führungskörperschaften im Zeichen einer wichtigen Etappe ihrer Geschichte.

Auguren hatten gemunkelt, es werde auf dieser Konferenz eine nach rückwärts wirkende Diskussion über die Frage geben, ob sich die Sozialdemokratie an der Regierung im Bund beteiligen sollte oder nicht. Solche Voraussagen würden Lügen gestraft.

Nicht ein einziger der zahlreichen Diskussionsredner in den Arbeitskreisen, die sich mit den Fragen der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft sowie mit den Problemen der Sicherheit und der Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden befaßten, erörterte auch nur am Rande die Möglichkeit, daß Bundestagsfraktion, Parteivorstand und Parteirat einen anderen Beschluß gefaßt hätten als der konstruktiven Mitarbeit in der neuen Regierung der Großen Koalition.

Die in Bad Godesberg gehaltenen Reden sind inzwischen veröffentlicht worden; die Diskussionsbeiträge in den Arbeitskreisen werden in Kürze gedruckt vorliegen.

Beim aufmerksamen Studium dieser Dokumente werden selbst Gegner der Sozialdemokratie feststellen müssen, daß hier wieder einmal der uneingeschränkte Wille zur Mitarbeit an der Gestaltung des Schicksals unserer Nation sichtbar wird. Es gibt dabei kein WERE und kein ABER, sondern nur den Wunsch, alle die in den Jahren der Opposition erarbeiteten Beiträge zur Verbesserung der deutschen Politik nach innen und außen zu realisieren.

Das alles wurde jedoch nicht mit einem Gefühl des Frohlockens gesagt. Vorherrschend war der gedankliche Ernst einer in vielen gewissenhaften Studien in der Zeit des Anregens und Vorwärtsdrängens zustande gekommenen politischen Gesamtschau. Wer die vergangenen Jahre nicht selbst miterlebte, wäre versucht gewesen, diesen Stil als etwas absolut Neues zu betrachten.

Ein solches Urteil wäre jedoch oberflächlich, denn die Vorschläge und Gedanken, die auch auf dieser Konferenz in Bad Godesberg zur deutschen Politik gemacht wurden, sind nicht etwa das Ergebnis einer Kehrtwendung, sondern die konsequente Fortsetzung von schon vor Jahren gemachten Anregungen und Vorschlägen. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß die Sozialdemokratie mit starken Persönlichkeiten in der Regierung vertreten ist und dort für die praktische Gestaltung der deutschen Politik ihren Beitrag einbringt.

Dabei ist auch bemerkenswert, wieviele junge bereits in der praktischen Regierungstätigkeit in den Gemeinden und in den Ländern stehende Sozialdemokraten nunmehr ihr Wort in die Waagschale werfen. Hier zeigt sich das Ergebnis einer langjährigen innerparteilichen Arbeit, die sich im besten Sinne des Wortes als staatsbürgerliche Leistung erweist. Weit entfernt davon, kritiklos jeden Satz hinzunehmen, ergibt sich ein ständiges Drängen nach noch besserer Leistung und nach einer noch sichtbarerem Verantwortungsfreudigkeit.

Das Ergebnis der Godesberger Tagung am vergangenen Wochenende läßt deutlich erkennen, daß sich die Sozialdemokratie auch in den Jahren, da sie im Bund in der Opposition stand, immer als einen wichtigen Teil des Staates betrachtet hat. Sie war und ist - wie Kurt Schumacher einmal sagte - zwar unbequem, aber reell. Heute weiß man: Ohne die SPD wird es in Deutschland keine auf festen Fundamenten ruhende Demokratie geben.

+ + +

Ohne Fahnen und Trompeten

Zur Wiederherstellung der Saale-Brücke

sp - Jahrelang haben sich die Verhandlungen zwischen den Behörden der Bundesrepublik und denen des kommunistisch regierten Teiles Deutschlands über die Wiederherstellung der in den letzten Kriegsmonaten zerstörten Saale-Brücke bei Hof in Bayern hingezogen. Prestigedenken galt es zu überwinden, Empfindlichkeiten zu beachten. Selbst bei der Unterzeichnung des Vertrages, der den Bau ermöglichte, kam es zu Querelen und grellen Disharmonien. Leidige Protokollfragen stellten manchmal den Bau infrage. Schließlich siegte der gesunde Menschenverstand und die Einsicht, daß niemandem gedient sei, würden Trümmerreste einer zerstörten Brücke als Symbol der Vernichtungswut für alle Zeiten erhalten bleiben. Die Westdeutschen trugen die Kosten, und unsere Landsleute aus Mitteldeutschland führten den Bau durch, eine Lösung, die sich für die Durchführung ähnlicher Projekte entlang der Grenze, die Deutsche von Deutschen trennt, empfiehlt. Beide Seiten ziehen daraus ihre Vorteile, ohne sich dabei gegenseitig etwas zu vergeben. Die Wiederherstellung der Saale-Brücke erspart den aus Süddeutschland nach Berlin fahrenden Bundesbürgern Zeit und Kosten; und umgekehrt. Es ist das erste gesamtdeutsche Bauprojekt dieser Art. Daß sein Abschluß ohne Fahnen und Trompeten erfolgte, spricht für die in solchen Fällen gebotene Zurückhaltung. Was selbstverständlich sein sollte, bedarf nicht eines besonderen Hervorhebens. Nur wir Deutsche allein können mit den Folgen des Krieges und seinen Nachwirkungen auf deutschem Boden fertig werden. Diese Arbeit nimmt uns niemand ab. Ideologische Barrieren in unserem gespaltenen Land dürfen nicht zum Vorwand dienen, alles zu unterlassen, was der wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Verklammerung beider Teile Deutschlands dient.

Der Bau der Saale-Brücke beweist, daß zum Erfolg führt, wo starker Wille und Beharrlichkeit am Werke sind. Diese Art von gesamtdeutscher Tätigkeit, orientiert am Willen, die Folgen der Spaltung zu mindern, den Menschen zu dienen, findet ihre Rechtfertigung in der Lage unserer Nation.

+ + +

WEU-Versammlung und die Ost-West-Entspannung

90 Parlamentarier diskutierten europäische Probleme

Von Egon C. Heinrich

Paris war in der letzten Woche Treffpunkt der internationalen Diplomatie. Zu seiner wohl letzten Sitzung in der Seine-Stadt trat der NATO-Ministerrat zusammen. Etwas im Schatten dieser Ereignisse und der Bonner Regierungserklärung stand die Sitzung der Versammlung der Westeuropäischen Union. Die 90 Parlamentarier aus den sechs EWG-Ländern und Großbritannien diskutierten vier Tage lang die ganze Fülle der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und wissenschaftlichen Probleme, denen sich das Europa von heute gegenübersteht. Eindrucksvoll wurde mit dieser Sitzung der Ruf bestätigt, den sich die Westeuropäische Union als Brücke zwischen der EWG und England und damit zur Kleinen Freihandelszone (EFTA) während der vergangenen Jahre erworben hat. Die aus dem Eriseseler Pakt von 1948 hervorgegangene Westeuropäische Union ist neben dem 1949 gegründeten Europarat die älteste der europäischen Institutionen. Nach dem Abbruch der Beitrittsverhandlungen EWG - England im Jahre 1963 wurde die Aktivität der WEU wesentlich verstärkt, und zwar sowohl auf Ministerebene als auch im Rahmen der Parlamentarier-Versammlung. Die Versammlung der WEU ist das einzige internationale parlamentarische Gremium, das offiziell für Verteidigungsfragen zuständig ist. Das Europäische Parlament und die Beratende Versammlung des Europarats in Straßburg haben auf diesem Gebiet keine Kompetenzen. Die WEU-Versammlung beschränkt sich indessen bei weitem nicht auf militärpolitische Fragen. Sie hat vielmehr die Bandbreite ihrer Themen wesentlich ausgeweitet.

So wurden diesmal Berichte und Entschlüsse angenommen, über die Ost-West-Beziehungen, die Lage im Warschauer Pakt, die Kosten der westlichen Verteidigung, das chinesische Problem, den Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt, über die Zukunft der Westeuropäischen Union und der westlichen Sicherheit sowie nicht zuletzt über die europäische Raumfahrtpolitik. Wegen der militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung der modernen Raumfahrtindustrie hat die WEU-Versammlung einen besonderen Ausschuss zur Prüfung dieser Fragen eingesetzt. Wie die Beratende Versammlung des Europarats und das Europäische Parlament, so hat auch die WEU-Versammlung primär beratende Funktionen. Sie kann Fragen an den Ministerrat der WEU stellen. Daß die Abgeordneten dabei nicht immer auf Verständnis bei den Regierungen stoßen, konnte jetzt der SPD-Abgeordnete Berkhan an einem Beispiel demonstrieren. Er hatte vom Ministerrat Auskunft über die Unfallquote und die Unfallursachen beim Waffensystem F 104 G Starfighter verlangt. Der Ministerrat erklärte sich in seiner Antwort aber für nicht zuständig zur Beantwortung dieser Fragen. Nun war aber der Starfighter seinerzeit den Parlamentariern als ein Musterbeispiel internationaler militärischer Kooperation empfohlen worden. Außerdem wird dieses Flugzeug nicht nur in der deutschen Luftwaffe geflogen. Seine Probleme gingen daher eigentlich die gesamte NATO an. Berkhan protestierte daher mit vollem Recht gegen das Verhalten der sieben Regierungen.

Beherrschendes Thema der einwöchigen Sitzung war die Entspannungspolitik zwischen West- und Osteuropa. Der CDU-Abgeordnete Blumenfeld unterbreitete der Versammlung einen sehr entspannungsfreudigen und gegenüber dem Osten versöhnungsberittenen Bericht über "Westeuropa und die Entwicklung in Osteuropa". Darin wird u.a. der rumänische Vorschlag zur

Auflösung der NATO und des Warschauer Pakte aufgegriffen und deren Ersatz durch ein europäisches Sicherheitssystem angeregt. Die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz wird befürwortet. Vor allem die deutschen Redner, unter ihnen die SPD-Abgeordneten Klaus-Peter Schulz und Georg Kahn-Ackermann ließen aber keinen Zweifel daran, daß eine Abrüstung nicht nur Aufgabe des militärischen Gleichgewichts zuungunsten des Westens führen darf. Werde dieses Prinzip nicht gewahrt, so schaffe man Spannung statt Entspannung. Die NATO bleibe die Basis der westlichen Sicherheit. Einig war man sich auch darüber, daß an einer eventuellen europäischen Sicherheitskonferenz die USA beteiligt sein müßten. Es gehe dabei nicht um ein europäisches, sondern um ein globales Gleichgewicht. Ausgangspunkt aller Entspannungsüberlegungen war die Überzeugung, daß auf absehbare Zeit nicht mehr mit akuter Kriegsgefahr in Europa, d.h. mit einem Angriff der Sowjetunion zu rechnen sei. Daß die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend der NATO zu verdanken ist, wurde allgemein anerkannt. Der gegenwärtige, auf größere Unabhängigkeit von Moskau zielende Trend in den osteuropäischen Ländern erleichtert zudem wesentlich den Ausbau der West-Ost-Beziehungen. Wie Blumenfeld sagte, soll Europa eine Sicherheit erhalten, die nicht mehr auf dem Gleichgewicht des Schreckens, sondern auf gemeinsamer Sicherheit basiere. Die Völker Europas ließen sich nicht mehr mit Formeln abspeisen. Eine große Rolle nahm in der Diskussion die Deutschland- und Berlinfrage ein. Auch hier stellten die deutschen Redner klar, daß eine Entspannungspolitik nicht an der Lösung dieser Fragen vorbeigehen darf. In der Resolution wird angeregt, Berlin zu einem Ort der internationalen Begegnung zwischen Ost- und Westeuropa auszubauen.

Höhepunkt der WEU-Parlamentariertagung war ohne Zweifel die Rede Willy Brandts, der einen Tag nach der Bonner Regierungserklärung sowohl als deutscher Außenminister als auch als derzeitiger Präsident des WEU-Ministerrats sprach. Seine Ausführungen hinterließen bei den Parlamentariern aus den sieben Staaten einen nachhaltigen und äußerst positiven Eindruck. Willy Brandt sprach vor der WEU-Versammlung nicht zum ersten Mal. Bereits in seiner Eigenschaft als Regierender Bürgermeister von Berlin hatte er fast regelmäßig vor der WEU-Versammlung gesprochen. Diesmal benutzte er die Gelegenheit, den offiziellen Standpunkt der neuen Bundesregierung zur Deutschland- und Berlinfrage, zur deutschen Osteuropapolitik und zum Beitritt Englands in den Gemeinsamen Markt klar zu umreißen. Mit Sonderbeifall wurde, wie nicht anders zu erwarten, sein eindeutiges Bekenntnis zu einem vereinigten Europa unter Einschluß Großbritanniens und der übrigen EFTA-Staaten aufgenommen.

Abschied nahmen die WEU-Parlamentarier von ihrem bisherigen Präsident Professor Carlo Schmid, der nach seiner Ernennung zum Bundesratsminister sein Präsidentenamt zur Verfügung gestellt hatte. Vier Jahre lang hatte der SPD-Politiker die WEU-Versammlung mit großer Autorität geleitet und damit wesentlich zu deren erhöhter Bedeutung beigetragen. Carlo Schmid wird auch nach Übernahme seines Ministeramtes Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der WEU-Versammlung bleiben. Zum neuen Präsidenten wurde der italienische Liberale Vittorio Badini Confalieri gewählt. Als einer der sechs Vizepräsidenten wählte die Versammlung einstimmig den SPD-Bundestagsabgeordneten Georg-Kahn-Ackermann. Die WEU-Sitzung war sicher nicht die schlechteste politische Tagung, die in der vergangenen Woche in der französischen Metropole stattfand.

Sturz einer kommunistischen Landesregierung in Jugoslawien

Sloweniens Ministerpräsident mußte zurücktreten

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Das kommunistische Jugoslawien folgt westdeutschem Beispiel; ein defizitäres Budget stürzte eine Regierung. Zunächst der einfache Sachverhalt: Der jugoslawische Fünf-Jahres-Plan sah für 1967 Bundesausgaben in Höhe von über 3 Milliarden DM vor, aber obgleich die Belgrader Bundesregierung schon geringfügige Streichungen vorgenommen hatte, klafft jetzt im Haushalt eine breite Lücke von rund einer halben Milliarde DM. Hauptschuldige an dieser kommunistischen Haushaltskrise sind die jugoslawische Volksarmee und die Sozialversicherung. Die Armee verschlingt rund die Hälfte des Bundeshaushalts; schon im vergangenen Jahr mußte sich die Armee daher einen Gehaltsstopp gefallen lassen. Trotzdem erhöhte sie im Mai 1966 die Gehälter, und neben Ansprüchen in Höhe von rund 140 Millionen DM für den Bau von Offizierswohnungen tauchen jetzt in ihrer Wunschliste auch neue Uniformen und Stiefel für die Soldaten auf, obgleich z.B. in der mazedonischen Hauptstadt Skoplje derartige Utensilien per Annoncen von der Armee unter dem Preis verschleudert werden. Es ist ganz offensichtlich, daß sich die jugoslawische Armee noch nicht an den neuen Kurs gewöhnt hat, der mit der jugoslawischen Wirtschafts- und Währungsreform eingeleitet worden ist.

Die jugoslawische Sozialversicherung ist bankrott, aber da sich der Bund in kaum günstigerer Lage befindet, mußte er schon in diesem Jahr umgerechnet rund 240 Millionen DM Subventionsgelder zurückhalten. Der jugoslawische Verfassungsgerichtshof stellt sich auf den Standpunkt, daß die Sozialversicherung ein Anrecht auf diese Zuschüsse hat, so daß alles auf diesem Sektor im kommenden Jahr Bundesausgaben in Höhe von umgerechnet einer weiteren halben Milliarde DM zu erwarten sind. Kürzungen können kaum vorgenommen werden, da u.a. auch die alten Partisanenkämpfer Rentenerhöhungen verlangen.

Im jugoslawischen Bundesbudget wimmelt es außerdem von vollkommen unverständlichen Forderungen. Das Außenministerium z.B. plant einen um 86 Prozent erhöhten Etat, obgleich die Investitionsrate in der Wirtschaft nur um 7 Prozent steigen soll.

Der westliche Beobachter darf sich durch die relativ geringen Summen, von denen hier die Rede ist, nicht täuschen lassen. Ein Großteil der staatlichen Ausgaben wurde auf die einzelnen Republiken (Länder), Kreise und Gemeinden abgewälzt, und auch in ihren Budgets gibt es nur rote Ziffern. In der höchstentwickelten jugoslawischen Republik, in Slowenien, machte der Ministerpräsident Janko Smole aus den Anforderungen der Wirtschaftsreform und den gleichzeitig anwachsenden Wünschen der einzelnen Interessengruppen schließlich eine Prinzipienfrage. Er drohte den Rücktritt seiner Regierung an, falls das Parlament keiner Kürzung der Ausgaben für die Sozialversicherung zustimme. Die Abstimmung fiel für ihn negativ aus. Im zuständigen Sozial- und Gesundheitsausschuß sprachen sich von 38 Abgeordneten nur 11 für die Regierungsvorlage aus. Janko Smole trat zurück. - Man übertreibt kaum, wenn man in diesem für einen kommunistischen Staat sensationellen und einmaligen Entschluß eine gewaltige qualitative Wandlung des gesamten Regierungssystems sieht; die kommunistischen Parlamente in ganz Osteuropa, zunächst natürlich in Jugoslawien und da wieder in Slowenien, entwickeln sich mehr und mehr zu Kontrollorganen der Regierungen und erinnern nur noch sehr selten an Bilder, wie man sie z.B. noch von der ostzonalen "Volkskammer" kennt.